



Beschluss des Landtages

Sachsen-Anhalt digital

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der **28. Sitzung** zu **Drucksache 6/1262** folgenden Beschluss gefasst:

1. Größere Bürgernähe von Politik und Verwaltung wird immer stärker durch die effiziente Nutzung moderner digitaler Kommunikation und elektronischer Vernetzung unterstützt. Der Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung wird dadurch einfacher. Es entstehen zusätzliche Herausforderungen für die Politik, diesen Dialog zu steuern und immer wieder neu zu beleben. Neue gesellschaftliche Entwicklungen und der demografische Wandel können so unter Zuhilfenahme moderner Kommunikationstechnologien aufgegriffen und diskutiert werden. Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zu einem sorgfältig geplanten und landesspezifischen E-Government-Ansatz im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens von Europäischer Union, Bund, Ländern und Kommunen. Wo geeignet, sind länderübergreifende Kooperationen einzugehen. Er unterstützt hierbei die Einbindung bestehender Kompetenzen der regionalen Wirtschaft sowie eine Beteiligung wertschöpfungsstarker regionaler Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt.
2. In Umsetzung einer umfassenden E-Government-Strategie sieht der Landtag die Notwendigkeit, auch die Kommunikationsprozesse zwischen Landtag und Landesregierung effizient und unter Ausnutzung zeitgemäßen IKT-Einsatzes auszugestalten. Insbesondere die Möglichkeiten eines modernen Dokumentenmanagementsystems sollten dabei alle Phasen und somit die konkreten Anforderungen der parlamentarischen Arbeit berücksichtigen. Ausdrücklich soll auch das Zusammenwirken zwischen Fraktionen und Ministerien sowie Staatskanzlei einbezogen werden. In der gebotenen Form sind dabei auch die Aspekte einer transparenten politischen Willensbildung im Sinne eines Open Government zu bedenken.
3. Die Landesregierung ist daher gebeten, dem Landtag über den Stand der Planung und Umsetzung eines ganzheitlichen E-Government bis zum 30. Dezember 2012 ein erstes Konzept vorzulegen, das folgende Schwerpunkte beinhaltet:
 - a) Den Entwurf einer E-Government-Strategie für die gesamte Legislaturperiode, die mit den laufenden Aktivitäten zur Modernisierung der Informationstechnik der Landesverwaltung und dem Struktur- und Aufgabenwandel der öffentlichen Verwaltung abgestimmt ist. Im Besonderen dazu zählt:

(Ausgegeben am 19.07.2012)

- der Stand der Umsetzung der E-Government-Maßnahmen in 2011 und 2012 inklusive der eingesetzten Mittel,
 - ein E-Government-Maßnahmeplan für 2013 mit den geplanten Meilensteinen und Haushaltsmitteln,
 - die Koordinierung von Vorgaben der Nationalen E-Government-Strategie und den Aktivitäten der Landesregierung,
 - die Organisation der Kooperation zwischen den Kommunen und dem Land mit einem langfristigen Strategieansatz für die nächsten fünf Jahre, um den spezifischen Herausforderungen in Sachsen-Anhalt wie dem demografischen Wandel und der Einbeziehung des ländlichen Raumes gerecht zu werden,
 - die Strategie zur Bereitstellung öffentlich verwendbarer Daten (Open-Data-Strategie) als Grundlage weiterer E-Government-Dienste.
- b) Ein Realisierungsvorschlag für die unter Ziffer 2 beschriebene Infrastruktur mit der Darstellung der dazu evtl. erforderlichen Prozessanpassungen.
- c) Einen Maßnahmeplan über die mit den E-Government-Aktivitäten abgeglichenen Ansätze zur Lösung der infrastrukturellen Herausforderungen bzw. Anforderungen im Land Sachsen-Anhalt (Breitband, Landesdatennetz).
- d) Kooperationsmodelle der Einbeziehung der IT-Wirtschaft zur Stärkung des IT-Standortes Sachsen-Anhalt unter Nutzung der bestehenden Potentiale der IKT als Schlüsseltechnologie für Forschung und Innovation.
- e) Eine Einschätzung der datenschutzrechtlichen Anforderungen an ein E-Government-Verfahren.
- f) Die Prüfung der Umsetzung der von der EU-Kommission definierten acht öffentlichen Online-Dienstleistungen für Unternehmen und zwölf öffentlichen Basisdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger.

Detlef Gürth
Präsident